

Anke Beilstein, MdL
Abgeordnete der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
54. Plenarsitzung, Donnerstag, 22. März 2018

Aktuelle Debatte
„Kleine Grundschulen erhalten – Schlingerkurs der Landesregierung beenden“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

22.03.2018

Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine lange Liste mit Grundschulen, die plötzlich auf dem Prüfstand standen, brachte vor 1 Jahr die rheinland-pfälzischen Grundschullandschaft in Aufruhr. **Es sollte die erste große Aktion** der neuen Bildungsministerin werden, aber sie war von Beginn an zum Scheitern verurteilt.

- Es fehlte ein Konzept
- Es fehlte an Nachvollziehbarkeit, warum manche Schulen auf die Liste kamen
- Es fehlte an Nachvollziehbarkeit, warum manche Schulen wieder von der Liste verschwunden sind
- Es fehlte an Transparenz beim Procedere

Die verrückte Devise lautete: „neue Perspektiven durch Schließungen schaffen.“ – Das ist schon ein Widerspruch in sich – und für den ländlichen Raum war es die Signalwirkung, dass man einmal mehr die Axt anlegen wollte.

Der gesamte Vorgang vollzog sich nach dem Motto: „Wasch mich, aber mach mich nicht nass.“ Es beginnt mit der Liste: Hätte man alle diejenigen Schulen aufgeführt, die nach dem Schulgesetz nicht mehr die Mindestvoraussetzungen erfüllen, dann hätte die Liste rund 100 Schulen erfasst. So standen aber zunächst nur 49 drauf.

Dann hat man eine vorab zugemacht und 8 wieder gestrichen, verblieben noch 40. Schließlich hat man 9 ausgewählt und ihnen am 30. November mitgeteilt, dass sie geschlossen werden sollen.

Dann bekam eine plötzlich doch noch einen Schutzschild und von den verbleibenden 8 sind Stand heute nur noch 4 übrig – und auch bei denen laufen noch Gespräche, ob sie wirklich geschlossen werden sollen.

Spätestens jetzt wird klar: das war keine Reform, da gab's auch kein Konzept. Die ganze Geschichte war ein Flop! Ein einziger Schlingerkurs! **Und dass es nie ein Konzept gab**, hat die Bildungsministerin ja dann auch in der Oktobersitzung des Bildungsausschusses so bestätigt.

Das war schon schlimm genug. Aber nach dem Motto „Schlimmer geht immer“ gestaltete sich auch die Begleitmusik.

Da war zunächst die Frage nach Sinn und Zweck des Ganzen: Hier waren ja die Äußerungen der Kollegen Köbler und Klomann in der Plenarsitzung vom August des letzten Jahres entlarvend! In der Stadt beklagte man volle Klassen und die paradiesischen Zustände des Schüler-Lehrerverhältnis auf dem Land. Sowas dürfe nicht sein – von wegen gleichmäßige Ressourcenverteilung. Spätestens da war klar – es ging gar nicht um die Kinder und gute Bedingungen, sondern darum, dass man Lehrer brauchte und vom Land abziehen wollte. Was ein peinlicher Patzer!

Aber das war nicht der letzte: so sollten die Schulen Konzepte entwickeln, die ihren Erhalt begründen. Es sollten aber ausdrücklich keine pädagogischen Konzepte sein, sondern dabei sollten nur Zahlen in Form von Köpfen eine Rolle spielen. Sorry, ich dachte es ginge Kinder und gute Bedingungen für die Grundschulzeit?

Und dann machen sich die Betroffenen vor an die Konzepterstellung. Einige Schulen schaffen es, wieder von der Liste zu verschwinden. Den anderen aber, die sich mit viel Herzblut an die Arbeit gemacht haben, ein echtes Zukunftskonzept zu erstellen, denen gibt man noch nicht einmal die Chance, die Wirksamkeit auf eine bestimmte Zeit hin zu testen.

Um gerade mal 4 Schulen geht es jetzt noch. Die lautstarken Proteste vor Ort, die klare Haltung der CDU und parteiübergreifende Resolutionen haben Wirkung gezeigt. Dass jetzt einzelnen SPD-Abgeordnete in ihrem Wahlkreis verkünden, es sei ihrem Einsatz zu verdanken, dass die Schule bleibt – die Menschen werden es zu werten wissen.

Ja, bei 4 sollen jetzt also noch Gespräche stattfinden. Wie offen man diese angeht, hat Frau Hubig allerdings bereits im SWR-Beitrag vom 14. März angedeutet. Ich zitiere: „Es wird jetzt ein förmliches Beteiligungsverfahren durchgeführt, in dem die verschiedenen Akteure vor Ort **noch einmal die Dinge sagen können, die ja bei uns bekannt sind.**“ Aha, mit anderen Worten: sie dürfen nochmal vortragen, die Landesregierung hat damit einem Gespräch genüge getan.

Läuft es also darauf hinaus, dass man an diesen 4 Schulen jetzt ein Exempel statuieren will, um den Flop nicht ganz offensichtlich werden zu lassen?

Eines steht jedenfalls jetzt schon fest: ein Konzept für eine positive Entwicklung der kleinen Grundschulen im Land hat diese Landesregierung bis heute nicht! Wir als CDU wollten neue Perspektiven durch Kooperation eröffnen in der Erkenntnis, dass kleine Grundschulen mit Blick auf die Herausforderungen der heutigen Zeit sogar ein Gewinn sind und darüber hinaus ein wichtiger Eckpfeiler in der Infrastruktur ländlicher Räume.

Größe und Format hätte es, wenn Sie den unseligen Schlingerkurs beenden – und zwar ohne die 4 Schulen zu schließen und sich dann ein echtes Konzept für den Erhalt kleiner Grundschulen im ländlichen Raum überlegen.

Wenn ein Gesetz nicht mehr zur Realität passt, dann ist es unsere ureigene Aufgabe als Gesetzgeber und Legislative, das Gesetz zu überprüfen, neue Ziele zu formulieren und ggfls. das Gesetz zu ändern.

Genau das haben wir als CDU mit unserem Gesetzesänderungsantrag getan. Unser Ziel ist der Erhalt der kleinen Grundschulen, weil wir von ihrer pädagogischen Arbeit überzeugt sind und weil wir eine Stärkung des ländlichen Raumes wollen.

Die Landesregierung will keine Gesetzesänderung. Sie wollen die Ausnahmen zur Regel werden lassen, um damit den Druck auf die kleinen Grundschulen und die Schulträger aufrecht zu erhalten, damit sie sie jederzeit schließen können.

Im gesamten Prozess hat sich eines herausgestellt: der ländliche Raum hat in dieser Landesregierung keine Lobby.

Es ist das gleiche Trauerspiel, das in anderen Resorts zu beobachten ist: kraftvolle Anstrengungen, um dem Ärztemangel auf dem Land entgegenzutreten? – Fehlanzeige! Beherrzter Ausbau von schnellem Internet auf dem Lande? – Fehlanzeige! Durchdachte Konzepte im kommunalen Bereich, um den Herausforderungen der demografischen Entwicklung zu begegnen? – Fehlanzeige.

Das Muster hier ist dasselbe wie bei der Kommunal- und Verwaltungsreform. Im ländlichen Raum kleine Strukturen zerstören, eine große Liste von Fusionskommunen in die Welt zu setzen, die Menschen auf die Bäume bringen und dann peu à peu mit wenig Transparenz die Liste wieder verkleinern.

Ich bin gespannt auf das nächste Programm zur Stärkung des ländlichen Raumes und sage Ihnen heute: der bewusste Erhalt kleiner Grundschulen wäre ein starkes Programm gewesen!